

## Inhalt:

**Seite 1:** Zum Ausgang des Prozesses um den Tod von Oury Jalloh / Die Landtagssitzung am 11. und 12. Dezember 2008 / **Seite 2:** Parlamentarische Initiativen der LINKEN / **Seite 6:** DIE LINKE zu parlamentarischen Initiativen anderer Fraktionen / **Seite 7:** Aktuelles aus der Fraktion / **Seite 7:** aktuelle Terminhinweise / **Seite 8:** Lesetipps

## Zum Ausgang des Prozesses um den Tod von Oury Jalloh

Am 8. Dezember 2008 endete in Dessau der Prozess um den Tod von Oury Jalloh mit Freisprüchen für die angeklagten zwei Polizisten (s. auch [Presseerklärung](#) von Fraktion und Landesvorstand). Die Fraktion der LINKEN schlug vor, dass der Landtagspräsident im Namen aller Fraktionen eine Erklärung abgibt. Dies scheiterte am Widerspruch der CDU. Daraufhin beantragte die Fraktion der LINKEN eine [Aktuelle Debatte](#) zum Thema „Schlussfolgerungen aus dem Ende des Prozesses um den Tod von Oury Jalloh“. In der Begründung heißt es u.a.: „In den letzten Tagen hat der Ausgang des Prozesses um den grausamen Tod von Oury Jalloh in Polizeigewahrsam eine Vielzahl von hochemotionalen Bewertungen auf nationaler und internationaler Ebene ausgelöst. Vor allem die Feststellung des Vorsitzenden Richters Manfred Steinhoff „... wir hatten nicht die Chance, in einem Verfahren, das man rechtsstaatliches Verfahren nennen könnte, aufzuklären“, hat dazu beigetragen. Dazu kann und darf der Landtag von Sachsen-Anhalt drei Tage nach der Urteilsverkündung nicht schweigen.“ (weitere Informationen und Reaktionen zum Ausgang des Prozesses u.a. [hier](#)) Nach Beantragung der Debatte erklärte der Ministerpräsident, vor dem Landtag eine Erklärung abgeben zu wollen, woraufhin die Fraktion der LINKEN ihren Antrag zurückzog, da dies, so [Wulf Gallert](#), den Intentionen der Fraktion im wesentlichen entspreche. Zu Beginn der Landtagssitzung gibt der Ministerpräsident eine Erklärung der Landesregierung zum Ausgang des Strafverfahrens zum Tode von Oury Jalloh ab, die [hier](#) nachzulesen ist.

## Die Landtagssitzung am 11. und 12. Dezember 2008

„Es ist vollbracht!“ – so möchte man fast den großen Dichterfürsten zitieren, hat doch Sachsen-Anhalt nun als letztes (!) Bundesland endlich sein „Gesetz zur Vorsorge gegen die von Hunden ausgehenden Gefahren“. Allein – das jahrelange Tauziehen zwischen CDU und SPD hat nichts gebracht, für DIE LINKE und die FDP ist das Gesetz nicht zustimmungsfähig. Auch sonst ist die Plenarsitzung nicht sonderlich reich an Höhepunkten, die Regierungsbefragung – unverständlicherweise als „Heißer Stuhl“ titulierte – entgleitet erneut in ministerielle Selbstdarstellung, schon eine Redezeitbegrenzung für die befragten Kabinettsmitglieder könnte hier Einiges an Abhilfe schaffen.

Nach zwei Tagen freuen sich alle auf die Feiertage, der Präsident wünscht gesegnete Weihnachten und einen guten Rutsch!

## Eigene parlamentarische Initiativen der Fraktion der LINKEN in der Reihenfolge der Tagesordnung:

---

### TOP 10: UNESCO-Welterbeliste (Drs. [5/1446](#)); Drs. [5/1620](#))

DIE LINKE hatte den Antrag im September 2008 eingebracht, die Landesregierung soll darlegen, wie und mit welcher Priorität sie weitere Bewerbungen unterstützen will.

Nun liegt die einstimmige Beschlussempfehlung des zuständigen Ausschusses vor, der die Sache angesichts bereits erfolgter Darlegungen des Kultusministers für erledigt erklärt. Eine Debatte findet nicht statt, es wird zugestimmt.

### TOP 11: Wirtschaftlichkeitsprüfung vorlegen, Kommunalisierungsabsichten konkret benennen (Drs. [5/1583](#); Drs. [5/1625](#))

Auch hier bereits die zweite Beratung, und auch hier eine einstimmige Empfehlung des Ausschusses, die Landesregierung möge mit dem Entwurf eines Zweiten Funktionalreformgesetzes eine Unterrichtung zu den Ergebnissen der Wirtschaftlichkeitsprüfungen der einzelnen Aufgabenkomplexe vorzulegen, die für eine Kommunalisierung vorgesehen sind. Trotz aller Einstimmigkeit im Ausschuss kann **Dr. Helga Paschke** (s. [Redemanuskript](#)) ihre tiefe Skepsis in Sachsen Kommunalisierung von Aufgaben nicht verhehlen: „Es erschließt sich uns nicht, wie und auf welcher belastbaren Grundlage die Landesregierung beim jetzigen Stand in den nächsten 4-6 Wochen einen Gesetzentwurf vorlegen will, diesen dann über Weihnachten in die Anhörung gibt und im Januar dem Parlament vorlegt.“

Die Beschlussempfehlung findet Zustimmung.

### TOP 12: Bundesratsinitiative für eine Gleichstellung der Leiharbeit (Drs. [5/897](#); Drs. [5/1643](#))

Die Landesregierung soll beauftragt werden, sich im Bundesrat für gesetzliche Regelungen zur Gleichstellung von Leiharbeit einzusetzen. Zur Begründung heißt es: „Eine sozial gerechte Regulierung von Leiharbeit ist unumgänglich. Leiharbeit schafft nicht mehr Arbeitsplätze, sondern verdrängt reguläre Beschäftigung. Sie begünstigt Lohndumping und führt bei den Beschäftigten zu Einkommenseinbußen.“ Mehr als ein Jahr benötigte der zuständige Ausschuss für die Erarbeitung einer – inhaltlich stark abgeschwächten – [Beschlussempfehlung](#).

**Edeltraud Rogée** (s. Redemanuskript) begründet die Enthaltung ihrer Fraktion im Ausschuss, er sei vor allem hinsichtlich gesetzter Fristen viel zu ungenau.

Die FDP ist gegen die Beschlussempfehlung, DIE LINKE enthält sich, mehrheitlich wird sie von der Koalition beschlossen.

**Edeltraud Rogée:** „Leiharbeitnehmer werden zuerst entlassen, das wollen auch die Stammebelegschaften so; es gibt Betriebsvereinbarungen dazu. ... Das Problem ist jedoch: Der Einsatz von Leiharbeitern war einmal für ein Vierteljahr gedacht und nicht für drei und mehr Jahre. Und das ist jetzt das große Problem. Leiharbeiter werden trotz der Tarifverträge gering oder schlechter bezahlt und sind dann diejenigen, die als erste gehen müssen.“

### TOP 15: Energiepolitische Maßnahmen der Landesregierung (Drs. [5/1631](#))

Die Landesregierung soll u.a. darlegen, wie sie im eigenen Verantwortungsbereich den Energiebedarf oder die Kohlendioxidemission ihrer Kraftfahrzeuge senken will. Im Antrag heißt es

dazu: „Ausgehend von der im Energiekonzept und Klimaschutzkonzept des Landes dargelegten Vorbildrolle der Landesregierung hält es die einbringende Fraktion für erforderlich, den eigenen spezifischen Beitrag der Landesregierung sichtbar zu machen und zu dokumentieren. Die Notwendigkeit wird auch dadurch unterstrichen, da das Land mit einem Anteil von 4 % am Energieverbrauch des Sektors Gewerbe, Handel und Dienstleistungen der größte Einzelverbraucher ist.“

**Angelika Hunger** (s. [Redemanuskript](#)) verweist in der Einbringung auf diverse Handlungsmöglichkeiten und auch auf deren Notwendigkeit. Abgesehen von der FDP findet der Antrag Zustimmung, er wird direkt angenommen.

**Angelika Hunger:** „Daneben wäre es sicher an der Zeit, auch andere Gesetze, Verordnungen und Runderlasse zu prüfen, ob sie denn „klimaschutzkonform“ sind. Auch die Einrichtung einer Energieagentur, die u.a. die Informations- und Beratungsleistungen übernehmen könnte, wäre denkbar.“

### **TOP 16: Auswirkungen der Finanzkrise in Sachsen-Anhalt auf die reale Wirtschaft (Drs. [5/1629](#); Drs. [5/1652](#); Drs. [5/1653](#))**

Der Antrag greift konkrete Aussagen von Mitgliedern der Landesregierung auf, DIE LINKE wünscht nun, eben diese Aussagen auch konkret zu untermauern. In der Antragsbegründung heißt es dazu: „Die Fraktion DIE LINKE hält es ... für ein Gebot wirtschaftspolitischer Vernunft, dass die

Landesregierung ein Maßnahmenpaket vorbereitet und auf den Weg bringt, um der Verschärfung der Rezession zu begegnen und die Stabilität der Wirtschaft im Land zu sichern. ... Dazu sind in den letzten Wochen von Mitgliedern der Landesregierung eine Reihe von Aussagen getroffen worden. Die Fraktion DIE LINKE hält es deshalb für erforderlich, diese Aussagen mit konkreten Maßnahmen zu untersetzen und dem Landtag als Haushaltssouverän die erforderlichen finanziellen Aufwendungen zur Beschlussfassung vorzulegen.“

Die Koalition legt einen [Änderungsantrag](#) vor, der im wesentlichen auf Berichterstattungen der Landesregierung in den Ausschüssen zielt. Die FDP will mit einem [Alternativantrag](#) Ähnliches erreichen.

**Dr. Frank Thiel** (s. [Redemanuskript](#)) wirbt für eine ausführliche und gründliche Erörterung der aufgeworfenen Fragen. Fasst man die ausführlichen Darlegungen von Wirtschaftsminister Haseloff zusammen, so scheinen im Lande die Dinge im Lot zu sein, die Landesregierung tue alles Mögliche und Notwendige. Koalition und FDP erklären zwar irgendwie, der Antrag der LINKEN gehe schon in die richtige Richtung, werben aber natürlich für ihre Anträge. Angenommen wird schließlich der Änderungsantrag der Koalition, gegen die Stimmen der LINKEN.

**Dr. Frank Thiel:** „Wir wollen gemeinsam hier im Landtag nach Lösungen für die sich anbahnenden Probleme suchen. Wir haben versucht, mit unserem Antrag genau die Dinge festzuschreiben, die die Landesregierung selbst als wichtig bezeichnet hat. Es ist also nicht so genannte linke Programmatik, die in unserem Antrag steht, obwohl wir viele Dinge unterstützen, die dort aufgeschrieben sind.“

### **TOP 17: BKA-Gesetz hält Kriterien der Grundgesetzkonformität und Wahrung von Grundrechten nicht stand (Drs. [5/1630](#))**

Mit diesem Antrag wird die Landesregierung aufgefordert, dem BKA-Gesetz im Bundesrat nicht zuzustimmen und sich zudem für ein Moratorium für die Sicherheitsgesetzgebung auf Bundesebene einzusetzen. In der Antragsbegründung ist zu lesen: „Aber selbst bei Änderungen und Nachbesserungen bleibt das Hauptproblem des neuen Gesetzes bestehen. Es ist nicht grundgesetzkonform und stellt somit einen gravierenden Einschnitt in die freiheitlich-demokratische Grundordnung unserer Gesellschaft sowie die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger dar. Aus diesem Grund ist das BKA-Gesetz generell nicht zustimmungsfähig.“

**Gudrun Tiedge** (s. [Redemanuskript](#)) benennt die Hauptkritikpunkte, wie sie auch der Innenminister artikuliert hatte – dem könne DIE LINKE nur zustimmen. Der Innenminister ist stolz, dass Verbesserungen am Gesetz durchzusetzen waren. Traurig ist er, weil er nicht einmal dafür Lob von der LINKEN erhält. Er jedenfalls ist mit dem gefundenen Kompromiss zufrieden. Die Koalition dann selbstverständlich auch, lediglich die FDP bleibt bei ihrem Widerstand gegen das Gesetz, kann dem Antrag aber überwiegend auch nicht zustimmen. Und somit wird er abgelehnt.

**Gudrun Tiedge:** „Ziel einer fortschrittlichen Sicherheitspolitik muss es sein, das Verhältnis von Sicherheit und Freiheit einzuhalten. Dazu bedarf es z.B. einer Analyse der Notwendigkeiten. Und dazu bedarf es aus unserer Sicht eines sofortigen Moratoriums für die Sicherheitsgesetzgebung in diesem Land. Einen entsprechenden Antrag hat unsere Bundestagsfraktion bereits im April diesen Jahres eingebracht.“

### **TOP 18: Keine Sozialversicherungspflicht für das kommunale Ehrenamt (Drs. [5/1627](#); Drs. [5/1654](#))**

Der Titel des Antrages spricht für sich, in der Begründung wird das Anliegen untermauert: „Es ist sowohl politisch als auch im Rahmen eines gesellschaftlichen Konsenses erforderlich, dafür zu sorgen, dass die Menschen, die sich für die Allgemeinheit engagieren, zumindest keine finanziellen Nachteile haben. ... Die Fraktion DIE LINKE spricht sich entschieden gegen eine Sozialversicherungspflicht für Aufwandsentschädigungen für das kommunale Ehrenamt aus.“ Die Koalition will das alles nicht so detailliert, daher ihr [Änderungsantrag](#) – ein Lob für die Landesregierung, die schon alles richtig macht.

**Gerald Grünert** (s. [Redemanuskript](#)) wirbt für das Anliegen, aber der Innenminister will ihm klar machen, dass es des Einsatzes der LINKEN nicht bedürfe – die Landesregierung setze sich für die Sozialversicherungsfreiheit des Ehrenamtes ein. So sieht das dann auch die Koalition. Eine Überweisung in die Ausschüsse wird abgelehnt, angenommen wird – mit den Stimmen der Koalition – der Änderungsantrag.

**Gerald Grünert:** „Als Fraktion DIE LINKE wollen wir eine lebendige kommunale Demokratie und setzen uns für eine noch stärkere Einbeziehung und ein hohes Engagement der Bürgerinnen und Bürger in die kommunalen Entscheidungsprozesse ein. Doch es steht Ungemach ins Haus. Unter Berufung auf das Urteil des Bundessozialgerichtes Kassel vom 25. Januar 2006, Nummer B 12 KR 12/05 R, beabsichtigen die Rentenversicherer beispielsweise die Aufwandsentschädigungen ehrenamtlicher Kommunalvertreter – Mandatsträger und ehrenamtliche Bürgermeister – der Sozialversicherungspflicht zu unterwerfen.“

### **TOP 19: Neuausrichtung der Arbeitsmarktinstrumente (Drs. [5/1628](#))**

Über den Bundesrat soll die Landesregierung bewirken, vorgesehene gesetzliche Änderungen hinsichtlich der Arbeitsmarktinstrumente vor allem im Sinne der Betroffenen zu modifizieren. In der Antragsbegründung wird das eigentliche Problem benannt: „Die Regelungen zur Neuausrichtung der Arbeitsmarktpolitik erheben den Anspruch, die einzelnen Instrumente verständlicher und für die Fallmanager vor Ort handhabbarer zu gestalten. ... An diesem Anspruch gehen die tatsächlich vorgesehenen Regelungen weitgehend vorbei.“

**Sabine Dirlich** (s. [Redemanuskript](#)) begründet die Notwendigkeit der Neuausrichtung u.a. mit der massiven Ausweitung des Niedriglohnsektors, der Leiharbeit oder der Mini- und Midi-Jobs. Die CDU hält das alles für überflüssig, der Antrag wird ohne viel Federlesens abgelehnt.

**Sabine Dirlich:** „Insgesamt entsteht der Eindruck, dass es bei der Arbeitsmarktneuordnung vor allem um Einsparungen geht, dass man sich an den Zahlen berauscht und die wachsenden Probleme übersieht, dass man zum Beispiel übersieht, dass die verbliebenen Langzeitarbeitslosen immer mehr Betreuung brauchen, dass sie immer höhere Qualifikationsdefizite haben, aber auch Defizite in ihrer Sozialisation insgesamt.“

## TOP 20: Änderung des Beratungshilferechts (Drs. [5/1626](#); Drs. [5/1655](#))

Es geht – wie so oft – um Geld, die Landesregierung soll aufgefordert werden, sich aus einem Bundesratsprojekt zurückzuziehen, es geht um Kosten der Beratungshilfe, die die Länderkassen belasten. Es soll gespart werden, DIE LINKE lehnt dies jedoch ab, in der Antragsbegründung wird festgestellt: „Eine Erschwernis des Zugangs zu Rechtsmitteln für Menschen mit geringen Einkommen ist zu verhindern.“ Das ist der Kern des Problems, wie es auch von **Birke Bull** (s. [Redemanuskript](#)) dargelegt wird. Die Koalition will die Sache auf eine Berichterstattung im Ausschuss reduzieren und legt einen entsprechenden [Änderungsantrag](#) vor. Der wird denn auch angenommen, FDP und LINKE enthalten sich.

**Birke Bull:** „Ungleiches an dieser Stelle gleich zu behandeln, was eine gängige juristische Argumentation ist, die natürlich ihren rationalen Kern hat, führt zu Ungerechtigkeit. Hinzu kommt, dass gerade die Gruppe, über die wir hier reden, die überproportional oft von Beratungshilfe Gebrauch macht, nicht nur von sozialstaatlichen Transferleistungen abhängig, sondern auch sehr viel mehr davon betroffen ist. Allein wenn man bedenkt, dass Bescheide im Bereich des SGB II in manchen Kommunen alle drei Monate, in anderen Kommunen alle sechs Monate neu formuliert werden, wird deutlich, dass es immer einen Anlass gibt zu korrigieren, dass es immer einen Anlass gibt, Widerspruch einzulegen.“

## TOP 21: Sicherung der Existenzbedingungen ortsansässiger landwirtschaftlicher Unternehmen bei der Verwertung von BVVG-Flächen (Drs. [5/1632](#); Drs. [5/1656](#))

Landwirtschaftliche Betriebe in Sachsen-Anhalt sollen auch künftig die Chance haben, Flächen zu

vernünftigen Konditionen erwerben zu können, darauf zielt der Antrag der LINKEN., der wie folgt begründet wird: „Die gegenwärtige Privatisierungspraxis der BVVG geht davon aus, dass im Flächenerwerb das höchste Gebot den Zuschlag erhält. Diese Privatisierungsstrategie hat zur Folge, dass ein sehr großer Teil der ortsansässigen Landwirte und Bodennutzer aus Gründen fehlender Kapitalkraft von vornherein vom Flächenerwerb ausgeschlossen wird.“

**Hans-Jörg Krause** (s. [Redemanuskript](#)) warnt vor schwerwiegenden Folgen, vor allem, wenn Pachtverträge auslaufen und Betriebe zum Kauf gezwungen wären. Die Koalition legt einen [Änderungsantrag](#) vor, der zumindest die Problemsicht der LINKEN teilt. Beide Anträge werden zur weiteren Beratung in den zuständigen Fachausschuss überwiesen.

**Hans-Jörg Krause:** „Kapitalkräftige Leute, die außerhalb der Landwirtschaft und sonstiger regional begründeter Interessen stehen, erhalten die Möglichkeit, die Bodenpreise so stark in die Höhe zu treiben, dass ein Landwirt im Haupterwerb nicht mithalten kann. Investitionen und Betriebsplanung binden ihre finanziellen Möglichkeiten. Die Praxis der BVVG beweist dagegen wenig Augenmaß für das regional bzw. örtlich Machbare.“

## TOP 27: Jugendlichen aus Hartz IV- und Sozialhilfehaushalten Zugang zum Abitur nicht weiter erschweren (Drs. [5/1645](#); Drs. [5/1658](#))

Es geht um die zusätzlichen Leistungen (100 Euro) für die Schule für Kinder und Jugendliche in Hartz IV- und Sozialhilfehaushalten, die lediglich bis zum 10. Schuljahrgang vorgesehen sind. Die Linke will, dass diese Leistungen auch über das 10. Schuljahr hinaus gezahlt werden. Dies ist bisher nicht vorgesehen, in der Antragsbegründung wird die Problematik beschrieben: „Die einbringende Fraktion sieht darin eine erhebliche Behinderung für diese Jugendlichen, einen höheren Schulabschluss oder eine weitere berufsschulische Qualifikation im Anschluss an die allgemeinbildende Schule zu erlangen. Sie erachtet das für eine erhebliche Einschränkung des Bildungszugangs, der sowohl aus Gründen des allgemeinen Rechts auf Bildung, aber auch angesichts des drohenden Fachkräftemangels nicht hinnehmbar ist.“

**Jutta Fiedler** (s. [Redemanuskript](#)) verweist nachdrücklich auf die Chancengerechtigkeit im Bildungsbereich. Die Koalition bringt einen Änderungsantrag ein, allerdings ist schwer auszumachen, worin die Unterschiede denn nun bestehen, wahrscheinlich geht es mehr um's Prinzip.

Erwartungsgemäß wird denn auch dem Koalitionsantrag zugestimmt, der nunmehr geänderte Antrag der LINKEN wird einstimmig beschlossen.

**Jutta Fiedler:** „Das zeigt mir auch, wie wichtig Bildung in Deutschland in Wirklichkeit ist. Die Wichtigkeit von Bildung erkennt man, wenn man die großen Worte wie „Bildungsrepublik“ und „Bildung ist Investition in die Zukunft“ und dergleichen mehr mit den darauf folgenden Taten vergleicht.“

(Der TOP 25 „Personalabbaukonzept jetzt zum Personalentwicklungskonzept qualifizieren“ wurde von der LINKEN zurückgezogen und soll im Januar 2009 behandelt werden.)

## **DIE LINKE zu parlamentarischen Initiativen anderer Fraktionen und der Landesregierung in der Reihenfolge der [Tagesordnung](#):**

Die Positionen der Fraktion zu parlamentarischen Initiativen anderer Fraktionen bzw. der Landesregierung können jeweils in den Redebeiträgen der Abgeordneten auf der [Homepage](#) der Fraktion nachgelesen werden:

aktuelle Landtagssitzung: <http://www.dielinke-fraktion-lsa.de/nc/politik/reden/>

frühere Landtagssitzungen: <http://www.linksfraktion-lsa.de/archiv/archiv.htm>

offizielles Wortprotokoll: <http://www.landtag.sachsen-anhalt.de/index.php?id=63>

**Zu folgenden Tagesordnungspunkten stellte die Fraktion der LINKEN Änderungsanträge:**

**TOP 04: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften (Drs. [5/396](#); Drs. [5/1624](#); Drs. [5/1650](#))**

In der Begründung des Änderungsantrages (Drs. 5/1650) heißt es: „Für den Umgang mit übergroßen Grundstücken besteht seit langem eine insgesamt sinnvolle und in der Praxis bewährte rechtliche Regelung in § 6c, Abs. 2 KAG. Ohne erkennbaren Grund will die Landesregierung und die Koalition aus CDU und SPD dies verändern. Sollte im ursprünglichen Entwurf noch aus der „Muss-Regelung“ eine „Kann-Regelung“ werden, ist nun in der Beschlussempfehlung des Innenausschusses eine vollkommen willkürliche Begrenzung auf Grundstücke mit nicht mehr als fünf Wohneinheiten vorgesehen.“ In namentlicher Abstimmung votieren 31 (!) Abgeordnete mit JA, 53 mit NEIN, 2 mit ENTHALTUNG. Bei der Endabstimmung zum Gesetz lehnt DIE LINKE ab, die FDP enthält sich, mehrheitlich ist es damit angenommen.

**Gerald Grünert:** „Die bisherige Beitragserhebungspraxis für übergroße Grundstücke ist auf die Grundstücksgröße und nicht auf die tatsächliche Nutzung ausgerichtet und ermöglichte eine differenzierte, der Besiedlungsstruktur angepasste Heranziehung der Grundstücksbesitzer. Mit der jetzt vorgeschlagenen Regelung werden besonders kommunale und genossenschaftliche Wohneigentümer mit mehr als fünf Wohneinheiten erheblich belastet.“

Die Ergebnisse der **Behandlung der weiteren Tagesordnungspunkte** können der [kommentierten Tagesordnung](#) auf der offiziellen Homepage des Landtages von Sachsen-Anhalt entnommen werden.

---

## Aktuelles aus der Fraktion der LINKEN:

---

### Pressemitteilungen

Auf der [Homepage](#) der Fraktion sind die alle **Pressemitteilungen** der letzten Jahre zu finden:

aktuelle: <http://www.dielinke-fraktion-lsa.de/nc/politik/presse/>

ältere: <http://www.linksfraktion-lsa.de/archiv/archiv.htm>

### Homepage der Fraktion

Am 26. November 2008 wurde die Homepage der Landtagsfraktion in neuem Gewand freigeschaltet:

<http://www.dielinke-fraktion-lsa.de/>

Die bisherige Seite (<http://www.linksfraktion-lsa.de/>) wird nur noch bis zum 31.12.2008 aktualisiert und dient dann als Archiv.

### Leitbild zur räumlichen Gliederung der Öffentlichen Daseinsvorsorge in Sachsen-Anhalt

Die in der Broschüre angekündigte Homepage ist nun ebenfalls zugänglich:

<http://www.sachsen-anhalt-liebenswert.de/>

Die Seite soll zum Informations- und Diskussionsportal in Sachen Landesentwicklungsplanung entwickelt werden.

---

## Aktuelle Termine und Veranstaltungen:

**Samstag/Sonntag, 20./21. Dezember 2008, Leipzig**

[Bundesversammlung der BAG Frieden und internationale Politik in Leipzig](#)

**Sonntag, 04. Januar 2009**

[Friedensweg Colbitz-Letzlinger Heide](#)

**Samstag, 10. Januar 2009, Berlin**

[Solidarisches Gesundheitswesen - Drittes Symposium der BAG Gesundheit und Soziales](#)

**Sonntag, 11. Januar 2009, Berlin**

[Luxemburg-Liebnecht-Ehrung](#)

**Samstag, 17. Januar 2009, Berlin**

[4. Bundestreffen des Forums demokratischer Sozialismus](#)

**Sonntag, 18. Januar 2009**

[Landtagswahl in Hessen](#)

Donnerstag/Freitag, 22./23. Januar 2009, Magdeburg  
[Landtagssitzung](#)

Samstag/Sonntag, 24./25. Januar 2009, Wernigerode  
[gemeinsame Klausurtagung von Landesvorstand und Landtagsfraktion der LINKEN in Sachsen-Anhalt](#)

Samstag/Sonntag, 24./25. Januar 2009, Berlin  
[Konferenz der Bundestagsfraktion](#) - Gemeinsam gegen Rechtsextremismus,  
Antisemitismus und Rassismus - Für Demokratie, Vielfalt und Toleranz

Samstag, 31. Januar 2009, Magdeburg/Landtag  
Treffen der AG Bauen und Wohnen

Montag, 02. Februar 2009, 19.00 Uhr, Magdeburg, Landtag  
Neujahrsempfang der Fraktion

Weitere Termin- und Veranstaltungsinformationen sind u.a. hier zu finden:

- <http://www.dielinke-sachsen-anhalt.de/nc/politik/termine>
- [http://die-linke.de/nc/die\\_linke/termine/](http://die-linke.de/nc/die_linke/termine/)
- [http://www.linksfraktion.de/termine\\_der\\_fraktion.php](http://www.linksfraktion.de/termine_der_fraktion.php)
- <http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=veranstaltungen>
- <http://www.rosa-luxemburg-stiftung-sachsen-anhalt.de/html/veran/Kurztitel.htm>
- <http://www.kf-lsa.de/ms-home1.htm>

## Lesetipps:

Interessante Fakten und Hintergründe zur Finanz- und Wirtschaftskrise sind u.a. hier zu finden:

<http://www.neues-deutschland.de/dossiers/46.html>

**Allen Leserinnen und Lesern ein schönes und friedliches  
Weihnachtsfest sowie ein gesundes und erfolgreiches Jahr 2009!**

### Impressum:

Fraktion DIE LINKE. im Landtag von Sachsen-Anhalt, Domplatz 6-9, 39104 Magdeburg  
Telefon: 0391/ 560 50 03 / Telefax: 0391/ 560 50 08 / Email: [fraktion@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de](mailto:fraktion@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de)  
Redaktion: Dr. Thomas Drzisga (V.i.S.d.P.), Email: [drzisga@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de](mailto:drzisga@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de)